

Date: 29.03.2012
Topic: Financial Services, Germany
Source: Financial Times Deutschland (Germany)
Author: Peter Ehrlich, Mark Schrörs, Birgit Jennen
Page: 9



Spanien wehrt sich gegen Rettung

Regierung schreckt vor Hilfe zur Bankensanierung zurück

Mark Schrörs, Brüssel, Birgit Jennen, Madrid, und Peter Ehrlich, Berlin

Spanien wehrt sich gegen Vorschläge aus der EU, die europäischen Rettungsfonds für die Rekapitalisierung seines angeschlagenen Banksektors zu nutzen. "Wir haben keinerlei Interesse. Wir haben einen Reformplan und glauben, er wird funktionieren", sagte eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums gestern in Madrid. Nach Angaben von Experten leisten auch die beiden größten Privatbanken, Santander und BBVA, Widerstand gegen entsprechende Überlegungen.

Ärger über Almunia EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia hatte zuvor in einem Hintergrundgespräch mit spanischen Zeitungen erklärt, die Regierung von Ministerpräsident Mariano Rajoy müsse in den nächsten Wochen entscheiden, wie sie den Finanzsektor restrukturieren wolle. Eine Möglichkeit sei, beim Rettungsfonds EFSF um Hilfe nachzusuchen. Der Spanier Almunia wollte gestern zu seinen in mehreren Medien ohne Nennung seines Namens zitierten Äußerungen keine Stellung nehmen. Der eigent-

lich zuständige Kommissionsvizepräsident Olli Rehn erklärte indes, alle Spekulationen über ein Hilfsprogramm für Spanien seien unbegründet.

Allerdings wurde über Hilfen für Spanien auch unter den Euro-Finanzministern schon mehrfach diskutiert, zuletzt im Zusammenhang mit den Beschlüssen zur Rekapitalisierung der großen europäischen Banken im Oktober. Damals wurde klargestellt, dass die EFSF - und später der permanente Rettungsschirm ESM - auch für die Bankenrettung eingesetzt werden dürfen; allerdings nur über den Umweg des jeweiligen Staatshaushalts.

Spanien hat keine Haushaltsspielräume mehr, weil es sich gegenüber der EU für 2012 und 2013 zu Einsparungen in Höhe von 5,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verpflichtet hat. Die Banken müssen kurzfristig aber mindestens 50 Mrd. Euro an faulen Immobilienkrediten abbauen oder durch neues Kapital absichern. Insgesamt haben sie nach Angaben der spanischen Zentralbank derzeit noch solche Immobilienkredite in Höhe von rund 176 Mrd. Euro im Portfolio.

Nach Ansicht von Experten dürfte die Reform ohne Staatshilfen kaum zu stemmen sein. Da der Staat aber bereits unter einem zu hohen Defizit leidet, bleiben als Ausweg eigentlich nur die Hilfsfonds. Institute wie Spaniens ehemalige Sparkasse Bankia sind aufgrund der Milliardenrisiken kaum fusionsfähig und benötigen für die Sanierung frisches Kapital. Bei Hilfen der EU "würde Brüssel im spanischen Finanzsektor mitreden", sagte Ricardo Wehrhahn von **Roland Berger**.

Aufsicht fordert Direkthilfen

Die europäische Bankenaufsicht EBA plädiert für eine europäische Institution, die Banken gegen Auflagen direkt mit Kapital ausstatten kann. Naheliegend seien EFSF oder ESM, sagte EBA-Chef Andrea Enria. Wenn die Länder selbst ihre Banken mit zuvor erhaltenen EU-Hilfen stützen, verschärfe das ihre eigene Schuldensituation - was wiederum das Vertrauen in die Banken des Landes unterminiere. Diese Spirale gelte es zu durchbrechen, sagte Enria. Die Euro-Finanzminister wollen morgen in Kopenhagen beschließen, dass die Rettungsfonds EFSF und ESM parallel laufen. Die Gesamtsumme möglicher Hilfen steigt dadurch bis Mitte 2013 auf bis zu 940 Mrd. Euro.

Spanien wehrt sich gegen Rettung

Regierung schreckt vor Hilfe zur Bankensanierung zurück

Mark Schrörs, Brüssel, Birgit Jennen, Madrid, und Peter Ehrlich, Berlin

Spanien wehrt sich gegen Vorschläge aus der EU, die europäischen Rettungsfonds für die Rekapitalisierung seines angeschlagenen Banksektors zu nutzen. „Wir haben keinerlei Interesse. Wir haben einen Reformplan und glauben, er wird funktionieren“, sagte eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums gestern in Madrid. Nach Angaben von Experten leisten auch die beiden größten Privatbanken, Santander und BBVA, Widerstand gegen entsprechende Überlegungen.

Ärger über Almunia

EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia hatte zuvor in einem Hintergrundgespräch mit spanischen Zeitungen erklärt, die Regierung von Ministerpräsident Mariano Rajoy müsse in den nächsten Wochen entscheiden, wie sie den Finanzsektor restrukturieren wolle. Eine Möglichkeit sei, beim Rettungsfonds EFSF um Hilfe nachzusuchen. Der Spanier Almunia wollte gestern zu seinen in mehreren Medien ohne Nennung seines Namens zitierten Äußerungen keine Stellung nehmen. Der eigentlich zuständige Kommissionsvizepräsident Olli Rehn erklärte indes, alle Spekulationen über ein Hilfsprogramm für Spanien seien unbegründet.

Allerdings wurde über Hilfen für Spanien auch unter den Euro-Finanzministern schon mehrfach diskutiert, zuletzt im Zusammenhang mit den Beschlüssen zur Rekapitalisierung der großen europäischen Banken im Oktober. Damals wurde hingestellt, dass die EFSF – und später der permanente Rettungsschirm ESM – auch für die Bankenrettung eingesetzt werden dürfen; allerdings nur über den Umweg des jeweiligen Staatshaushalts.

Spanien hat keine Haushaltsspielräume mehr, weil es sich gegenüber der EU für 2012 und 2013 zu Einsparungen in Höhe von 5,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verpflichtet hat. Die Banken müssen kurzfristig aber mindestens 50 Mrd. Euro an faulen Immobilienkrediten abbauen oder durch neues Kapital absichern. Insgesamt haben sie nach Angaben der spanischen Zentralbank derzeit noch solche Immobilienkredite in Höhe von rund 176 Mrd. Euro im Portfolio.

Nach Ansicht von Experten dürfte die Reform ohne Staatshilfen kaum zu stemmen sein. Da der Staat aber bereits unter einem zu hohen Defizit leidet, bleiben als Ausweg eigentlich nur die Hilfsfonds. Institute wie Spaniens ehemalige Sparkasse Bankia sind aufgrund der Milliardenrisiken kaum fusionsfähig und benötigen für die Sanierung frisches Kapital. Bei Hilfen der EU „würde Brüssel im spanischen Finanzsektor mitreden“, sagte Ricardo Wehrhahn von Roland Berger.

Aufsicht fordert Direkthilfen

Die europäische Bankenaufsicht EBA plädiert für eine europäische Institution, die Banken gegen Auflagen direkt mit Kapital ausstatten kann. Naheliegender seien EFSF oder ESM, sagte EBA-Chef Andrea Enria. Wenn die Länder selbst ihre Banken mit zuvor erhaltenen EU-Hilfen stützen, verschärfe das ihre eigene Schuldsituation – was wiederum das Vertrauen in die Banken des Landes unterminiere. Diese Spirale gelte es zu durchbrechen, sagte Enria. Die Euro-Finanzminister wollen morgen in Kopenhagen beschließen, dass die Rettungsfonds EFSF und ESM parallel laufen. Die Gesamtsumme möglicher Hilfen steigt dadurch bis Mitte 2015 auf bis zu 940 Mrd. Euro.

Kommentar: Seite 25